

Severings Wahlmanöver mit dem SA-Verbot entlarvt

SA-Landesberratsverfahren eingestellt

Entscheidender Schritt des Oberreichsanwalts, die Hitlerbanditen wieder zu legalisieren

Berlin, 30. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Unsere Feststellungen, das SA- und SS-Verbot nur ein grob angelegtes Wahlmanöver war, werden jetzt durch die Entscheidungen des Oberreichsanwalts erneut bestätigt.

Die Einstellung des Landesberratsverfahrens ist der entscheidende Schritt, um die SA- und SS-Organisationen Hitlers, jene Privatarmee des deutschen Finanzkapitals, wieder zu legalisieren.

Die Einstellung des Landesberratsverfahrens ist der entscheidende Schritt, um die SA- und SS-Organisationen Hitlers, jene Privatarmee des deutschen Finanzkapitals, wieder zu legalisieren.

Da hilft kein Relativieren, Reichsbannerarbeiter und SA-Propaganda. Jetzt gilt es zu erkennen, das eure Führer es zu allen Zeiten waren und heute sind, die dem Hitlerfaschismus den blutigsten Terror gegen die Arbeiterklasse ermöglichen.

Die Erklärung des Oberreichsanwalts richtig verstehen, das heißt in jedem Betrieb, in jedem Wohnblock und auf allen Stempelstellen antifaschistische Schutzkolonnen organisieren.

Hochofenbetrieb im Rüstungswerk

Die autoterrichteten Berliner „Zeit-Rotgen“ beinhalten über die beabsichtigte Aufhebung des SA-Verbotes folgende aufschlußreiche Mitteilungen:

„Seit einigen Tagen herrscht in der Jugendkammer der NSDFJ, der „Jugend“ der SA, lebhafteste Tätigkeit, für Wannschaften in der alten Stärke der SA neue „leidermäßig-mächtige“ Uniformen, hohe Verdeckelstiefel usw. anzufertigen.“

Infolgedessen nimmt man hier an, das das Verbot der SA Anfang Juni aufgehoben wird.

Wiederholung soll das allgemeine Uniformverbot aufgehoben werden. Die Uniformen der verschiedenen Verbände sollen einander sehr ähnlich gestaltet werden, nur die Embleme werden verschieden sein.

Die umgestaltete SA der NSDFJ wird nicht mehr sämtliche früheren Mitglieder wieder aufnehmen. Die neuen Angehörigen werden vielmehr einer militärischen Unterordnung, genau nach den Vorschriften und Erfordernissen der Reichswehr, unterzogen werden.“

Nach diesen Mitteilungen wird also am Umbau der SA bereits fieberhaft gearbeitet, die nach noch strengsten militärischen Grundregeln aufgebaut wird.

Blutige Streikämpfe in Gdingen gegen Kriegslieferungen an Japan!

Hafenarbeiter streifen gegen Verladung von Kriegsmaterial. Soldaten schießen nicht auf Arbeiter. Offiziere schießen. Tote und Verletzte. Kriegsrecht und Streikverbot

Trotz schärfster polnischer Zensur sidern aus Gdingen, dem von Polen angelegten Kriegshafen unweit Danzig, Einzelheiten über erbitterte Kämpfe der Hafenarbeiter gegen die Kriegslieferungen an die japanischen Kriegsverbrecher durch die Arbeiter w e g e r t e n sich, Phosgen und Gasmunition, die von dem bekannten polnischen Stahlfabrikanten Chorow an Japan geliefert werden, auf die französischen, japanischen und anderen Dampfer zu verladen.

Ausgelöst wurde die Bewegung durch zahlreiche schwere Vergiftungen, die infolge unzulänglicher Verpackung bei den Hafenarbeitern eingetreten waren. Mit dem Klang der „Internationalen“ demonstrierten die Massen mit Hochrufen auf die Sowjetunion und der Forderung nach höheren Löhnen durch die Streik zum Hafenkommandanten von Gdingen.

Mittels wurde eingelegt. Aber die polnischen Wärfeln blieben Gewehr bei Fuß neben und verweigerten jeden Schutz auf die Arbeiter. Nach dem in Gdingen stationierte 11. Ulanenregiment konnte von den Offizieren nicht dazu gebracht werden, gegen die Arbeiter vorzugehen.

Daraufhin wurde aus Offizieren und Unteroffizieren eine Spezialeinheit gebildet, die mit verzweifelter Brutalität gegen zwei Arbeiter vorrückte und über 50 schwer verwundete.

Der Hafenkommandant hat sämtliche Hafenarbeiter unter Kriegsrecht gestellt und die Gewerkschaft der Hafenarbeiter aufgelöst. Ein Streikverbot ist erlassen, von dem der größte Teil der Hafenarbeiter jedoch keine Notiz nimmt.

die damit im Zusammenhang zu erwartende Reorganisation der Kampfabteilung der Uniformen ist zweifellos in der Richtung der von Groener propagierten „Reichspostverbände“, die zur Reorganisation des deutschen Imperialismus werden sollen und schon rein äußerlich einheitlich uniformiert werden.

Was hier vorgeht, ist Vorbereitung der deutschen Faschisten auf den Krieg. Ueber den weißen Terror gegen die Arbeiterklasse werden die faschistischen Verbände als Kriegsvormänner gegen Sowjetrußland geführt, wenn das Proletariat den Kriegstreibern nicht in die Arme fällt.

Banken krachen

Vondon, 30. Mai (Eig. Drahtber.)

Wie eine englische Zeitung meldet, stehen drei der weltbekanntesten Londoner Banken vor dem Zusammenbruch. Die Zahlungseinstellungen sollen im Zusammenhang mit der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und Österreichs und dem Zusammenbruch des Kreuzerstaates stehen.

Landtagswahlen in Oldenburg

RPD holt gegenüber Präsidentschaftswahlen auf. Nazis verlieren nahezu 10000 Stimmen

Oldenburg, 30. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntag fand in Oldenburg die Landtagswahl statt. Die Kommunistische Partei hat gegenüber dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl aufgeholt, während die Nazis seit dem zweiten Wahlgang fast 10000 Stimmen verloren haben.

Die NSDAP wird 24 Sitze von 46 haben. Sie werden natürlich diese absolute Mehrheit ausnutzen, um ihre Forderungen an die Ruderer zu bringen und das wertvolle Volk Oldenburgs wird sehr bald lücheln, was es mit den Versprechungen der Nazis auf sich hat.

Als Protest gegen Freidenkerverbot

Massenhafte Kirchnaustritte

Bildung von Kirchnaustrittskomitees

In Duisburg-Hamborn wurde ein Kirchnaustrittskomitee auf der Grundlage der roten Einheitsfront gegen die Unterdrückung der proletarischen Kulturarbeit gebildet. In den letzten Tagen wurden 28 sehr gut besuchte Versammlungen durchgeführt, in denen auf schärfste gegen das Verbot der proletarischen Kulturarbeit protestiert wurde.

Die Tatsache, das in einer öffentlichen Versammlung der christlichen Arbeiter- und Bauernpartei, einer Mitgliederversammlung des Deutschen Arbeitervereins, eine Gruppe Duisburg, und vier Mitglieder der kommunistischen Partei, die sich gegen die Unterdrückung der proletarischen Kulturarbeit ausgesprochen hatten, ist ein Beweis für die Unmöglichkeit, die Arbeiterklasse durch die Kirche zu unterdrücken.

Auch in Thüringen wächst die Protestbewegung gegen das Freidenkerverbot. In Korbach erklärten in den letzten Tagen 15 Werktätige ihren Austritt aus der Kirche.

Verhinderte Naziprobation in Glashütte

Glashütte, 29. Mai.

Der Genosse Friedrich sprach hier vor ca. 650 Personen, 130 SA-Leute waren anwesend mit dem aus der RPD ausgeschlossenen Preusser an der Spitze. Bei Eröffnung der Versammlung verließen Preusser die anwesenden SA-Leute aus politischen. Dank der krassen Disziplin des Genossen Friedrich wurden diese Verläufe sofort unterdrückt.

Unter tosendem Beifall der Versammelten rechnete Genosse Friedrich mit den Naziverrätern ab und zeigte die notwendige Geschlossenheit des revolutionären Proletariats zur Durchführung von antifaschistischen Aktionen auf. In der Diskussion verließen Preusser die Führer der RPD in dem Saal zu bleiben. Die empörten Zuhörer rüdten die Nazis unter Fahngelächter der anwesenden Arbeiter ab. Sie hatten Mut vor der Abrechnung. Auch diese Versammlung war ein großer Erfolg für den Kampf zu antifaschistischen Aktionen.

Große Arbeitslosendemonstration

Am 26. Mai fanden im Schönauer Bereich Erwerbslosen-demonstrationen statt, an denen sich ca. 100 Mann beteiligten, darunter auch RPD-Arbeiter. In Forstbach-Eigenhöhe wurde die Entlassungsauszahlung für 14 Tage erzwungen. Auch in den umliegenden Orten fanden Versammlungen und Demonstrationen statt.

Landtagswahlen in Oldenburg

RPD holt gegenüber Präsidentschaftswahlen auf. Nazis verlieren nahezu 10000 Stimmen

Oldenburg, 30. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntag fand in Oldenburg die Landtagswahl statt. Die Kommunistische Partei hat gegenüber dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl aufgeholt, während die Nazis seit dem zweiten Wahlgang fast 10000 Stimmen verloren haben.

Die NSDAP wird 24 Sitze von 46 haben. Sie werden natürlich diese absolute Mehrheit ausnutzen, um ihre Forderungen an die Ruderer zu bringen und das wertvolle Volk Oldenburgs wird sehr bald lücheln, was es mit den Versprechungen der Nazis auf sich hat.

Die Wahlergebnisse in Klammern sind bei den ersten und zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, bei den anderen nur Landtagswahl 1931, bei den anderen nur Landtagswahl.

Table with election results: RPD 15,500 (14,196; 15,935), NSDAP 131,525 (140,721; 97,775), etc.

„Unternehmer, ihr gehört zur NSDAP“

Offizielle Briefe und Rundschreiben der Hitler u. Co. Sie bieten sich offen zum Streikbruch und Terror an.

Die Nationalsozialistische Partei gibt sogenannte „Deutsche Führerbriefe“ heraus. Es heißt da an einer Stelle u. a.:

„Es kommt ja vor allem darauf an, mit der Werbung für eine freie Wirtschaft und die ihr entsprechende Unternehmerrhaltung auch an den wirtschaftlichen Profiteuren der Wirtschaft, an den richtigen Unternehmern heranzutreten, der heute in irgendeinem Maße im nationalsozialistischen Lager zulässig ist.“

Die angebliche „Arbeiterpartei“ erklärt sich alle offen als „Zukunft“, als „Fort Schuß“ und „Trugburg der Ausbeuter.“

„Helfen dadurch, das Sie in Ihrem Betriebe nur noch nationale Arbeitskräfte einstellen und beschäftigen und die bereits dort tätigen vor dem Terror von links schützen.“

Sollten Ihnen keine nationalen Kräfte bekannt sein, so wir fern bereit, Ihnen diese namhaft zu machen. Arbeit, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt, dürfen nur deutschen Arbeitern das Brot im deutschen Vaterlande mit dem Namen der Arbeiterpartei gegeben werden.

So heißt die NSDAP, die Hitler, Goebbels und Co. aber zeigen als Streikbruchorgane und Terroristen für die Interessen der Unternehmer, der nationalsozialistischen „Führerbriefe“ da kann ein ehrlicher Arbeiter dieser Partei folgen? Nein und nochmals nein!

Für alle Arbeiter, ohne Unterschied, gilt es, in der antifaschistischen Aktion, zu der die RPD aufruft, geschlossen vorzugehen.

Erwerbslosenkämpfe in Polen

In der Industriekolonie Zyrardow kam es am Sonntag zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizei. Die Arbeitslosen forderten vor dem Rathaus die Auszahlung der unentgeltlichen Lohnersatzung. Die Polizei eingriff und schloß die Arbeitslosen durch Steinbombardements zur Weite. Zahlreiche Arbeitslose wurden durch Schüsse der Polizei schwer verletzt.